

DIE BEFRAGUNG 2017



POLITIK FÜR ALLE – SICHER, GERECHT UND SELBSTBESTIMMT

Zahlen und Hintergründe
zur Beschäftigtenbefragung 2017



INHALT

- 04 – 06 **Perspektiven
für alle in der Arbeit von morgen**
- 07 – 09 **Arbeitszeiten,
die zum Leben passen**
- 10 – 11 **Gerechtigkeit
durch mehr Tarifverträge**
- 12 – 14 **Soziale Sicherheit,
fair finanziert**
- 15 **Methodensteckbrief**

IMPRESSUM

Herausgeber:

IG Metall-Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Mehr Informationen:

igmetall.de/wahl2017

April 2017

VORWORT

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN, SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,



jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat Vorstellungen davon, wie sie oder er arbeiten möchte. Deshalb ist für die IG Metall die Beteiligung von Beschäftigten – Mitgliedern wie

Nichtmitgliedern – unverzichtbar: für die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, unsere Tarifpolitik und unser gesellschaftspolitisches Engagement.

Im Wahljahr 2017 muss es entscheidend sein, welche Wünsche und Bedürfnisse die Beschäftigten haben. Darum haben wir am 16. Januar 2017 eine bundesweite Befragung der Beschäftigten zu ihrer persönlichen Arbeitssituation sowie zu politischen Themen gestartet.

Das Votum der Beschäftigten, ihre Ziele hinsichtlich einer arbeitnehmerorientierten Politik und ihre Vorstellungen von einem Sozialstaat 4.0 wollen und werden wir in den Bundestagswahlkampf einbringen.

Die Beteiligung übertraf unsere Erwartungen: Weit über 680.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei unserer Beschäftigtenbefragung 2017

mitgemacht – und damit sogar 166.000 Beschäftigte mehr als bei unserer Befragung 2013.

Bemerkenswert ist auch, dass jeder dritte Fragebogen von einem Nichtmitglied kam. Die Beschäftigten wollen Themen setzen und Gehör finden. Und: Sie vertrauen der erfolgreichen IG Metall. Diesen Handlungsauftrag nehmen wir an.

Mit dieser Broschüre konzentrieren wir uns auf die Darstellung der Ergebnisse zum Fragenkomplex „Politik“ und den Schlussfolgerungen daraus. Wir laden ein, darüber in den Betrieben, in der IG Metall und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Damit ist es aber nicht getan.

Wir greifen die Erwartungen auf und tragen sie an die Politik weiter. So unterstützen wir die Beschäftigten dabei, ihr Leben und ihre Arbeit sicher, gerecht und selbstbestimmt zu gestalten. Wir haben ein klares Ziel: Die Wünsche der Beschäftigten dürfen nicht nur gehört, sondern müssen auch umgesetzt werden.

Wer Politik für alle Menschen gestalten will, kommt an den Ergebnissen unserer Befragung nicht vorbei!



Jörg Hofmann
Erster Vorsitzender

ENTSCHIEDEN DAFÜR: PERSPEKTIVEN FÜR ALLE IN DER ARBEIT VON MORGEN

Die Arbeitswelt verändert sich rasant: Globalisierung und Klimawandel erfordern neue Produkte und Arbeitsmethoden. Maschinen übernehmen Aufgaben, die früher Menschen erfüllten. Vielfältige Lebensentwürfe und die demografische Entwicklung verändern die Gesellschaft. Das bietet Chancen. Aber viele Menschen empfinden mehr Unsicherheit, zunehmende Ungleichheit und wachsende Fremdbestimmung. Die

IG Metall tritt ein für Zusammenhalt: für eine offene und solidarische Gesellschaft, für verlässliche Perspektiven und gute Arbeit für alle in der Arbeitswelt von morgen. Wir wollen sichere, gerechte und selbstbestimmte Arbeit für alle!

Über 93 Prozent der Befragten sagen in der Beschäftigtenbefragung 2017: Es ist wichtig, den Weg in die Industrie 4.0 mitzugestalten – so, wie es die IG Metall seit

DIE ANTWORTEN ZUM THEMA ARBEIT VON MORGEN

Wie wichtig ist für Sie ...?

Sicherheit und berufliche Perspektive in der Industrie 4.0 für alle.



Eine Bildungspolitik, die Bildungserfolge unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht und das Recht auf betriebliche Bildung.



Faire Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.



● sehr wichtig ● wichtig ● weniger wichtig ● unwichtig in Prozent

Wie bewerten Sie folgende Aussagen?

Arbeitslosigkeit darf nicht zu sozialem Abstieg führen. Der Erhalt der Qualifikation ist wichtiger als schnelle Vermittlung. Daher muss die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert werden.



Beschäftigung muss dauerhaft Existenz sichern. Sachgrundlose Befristung, Minijobs und prekäre Soloselbstständigkeit müssen abgeschafft werden.



● stimme zu ● stimme eher zu ● stimme eher nicht zu ● stimme nicht zu in Prozent

JE GERINGER DIE QUALIFIKATION, DESTO GRÖßER DIE ANGST VOR INDUSTRIE 4.0

Wie wichtig ist für Sie Sicherheit und berufliche Perspektive in der Industrie 4.0 für alle?



● sehr wichtig ● wichtig ● weniger wichtig ● unwichtig

in Prozent

Jahren tut. Die Beschäftigten sorgen sich um ihre Arbeitsplätze und fragen sich, welchen Platz sie in der neuen Arbeitswelt einnehmen werden.

Über alle Branchen und Tätigkeitsfelder hinweg sehen die Befragten Handlungsbedarf, sich in den Wandel der Arbeitswelt einzumischen. Auffallend ist: Je schwächer die Position der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt ist, umso größer ist ihre Angst vor Verdrängung.

Um in der Arbeitswelt 4.0 mithalten zu können, sind bessere Chancen auf Qualifikation zwingend erforderlich. Und die Menschen brauchen sichere und gut entlohnte Arbeit. Denn nur wer keine Angst um die Zukunft haben muss, kann gut und kreativ arbeiten. Das zeigt sich in der hohen Zustimmung der Befragten zu der Aussage, dass Qualifizierung, Bildung und Sicherheit die Schlüssel zu guter Arbeit 4.0 sind.

Mit einer großen Mehrheit von 93 Prozent fordern die Befragten eine Bildungspolitik, in der soziale Herkunft endlich

keine Rolle mehr spielt und ein Recht auf betriebliche Fortbildung verbrieft ist. Diese Themen stehen seit Jahren auf der politischen Agenda – ohne dass Lösungen in Sicht wären.

Die Befragung zeigt die Wahrnehmung der Beschäftigten: Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Bildungschancen werden derzeit eher zementiert als überwunden. Die IG Metall fordert daher bei der Durchführung von Maßnahmen zur Qualifizierung ein Initiativrecht für Betriebsräte.

„Die Schere zwischen Arm und Reich muss schnellstmöglich geschlossen werden. Bildungsmöglichkeiten müssen für alle Schichten gleich sein. Betriebliche Mitsprache muss für die Arbeitnehmer erhöht werden.“

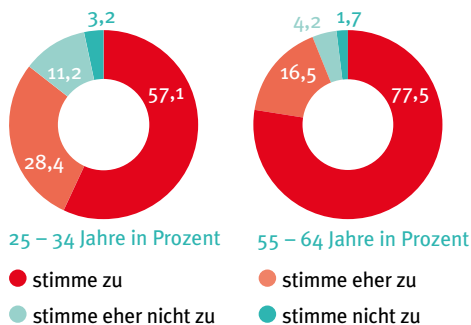
Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

Nicht nur ihre persönliche Qualifizierung ist den Menschen wichtig, auch die Umstände und Art ihres Jobs. Sie sprechen

MIT DEM ALTER WÄCHST DIE SORGE WEGEN PREKÄRER BESCHÄFTIGUNG

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

Beschäftigung muss die Existenz dauerhaft sichern. Sachgrundlose Befristung, Minijobs und prekäre Soloselbstständigkeit müssen abgeschafft werden.



deshalb dem Thema gute und sichere Arbeit eine große Bedeutung zu. 89 Prozent fordern die Abschaffung sachgrundloser Befristung, von Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit.

Das Thema ist für alle Altersgruppen wichtig. Auffällig ist allerdings, dass ältere Beschäftigte dem Thema „Sicherheit“ besonders hohe Relevanz zusprechen. Für nicht wenige junge Menschen ist es normal, einen prekären Job zu haben. Die Antworten bestätigen insgesamt, dass die Bedeutung des Themas „Sicherheit“ mit fortschreitendem Arbeitsleben zunimmt.

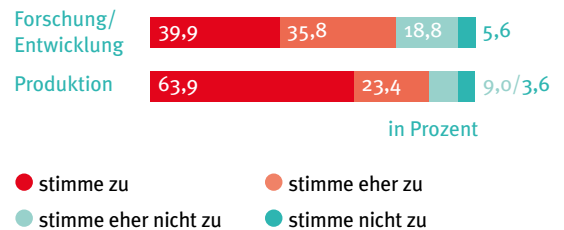
Die Beschäftigten stimmen mit großer Mehrheit für eine neue Arbeitsmarktpolitik. Sie lehnen eine Vermittlung in den nächstbesten Job ab. Qualifizierung ist ihnen wichtig. Weiterbildung muss deshalb Vorrang vor einer schnellen Vermittlung haben. 83 Prozent sind somit für eine

längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Besonders häufig stimmen die Befragten zu, die sich Sorgen um ihre Arbeit machen.

JE EINFACHER DIE TÄTIGKEIT, DESTO GRÖßER IST DIE ANGST VOR SOZIALEM ABSTIEG

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

Arbeitslosigkeit darf nicht zu sozialem Abstieg führen. Der Erhalt der Qualifikation ist wichtiger als schnelle Vermittlung. Daher muss die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert werden.



Zum Thema „Teilhabe an Arbeit und Sicherheit“ gehört auch die faire Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Beschäftigte und Flüchtlinge dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es Arbeitgeber etwa mit der Forderung nach Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge versucht haben. Fast zwei Drittel (62 Prozent) der Befragten sehen in der Integration von Geflüchteten ein sehr wichtiges oder wichtiges Handlungsfeld für die Politik und die IG Metall. Wer selbst um seinen Job bangen muss, ist in der Unterstützung zurückhaltender als die, die einen sicheren Arbeitsplatz haben. Wo weniger Flüchtlinge leben, schätzen die Menschen das Thema als weniger wichtig ein. Umso nötiger ist eine Arbeitsmarktpolitik, die dafür sorgt, dass alle gute Arbeit haben.

ENTSCIEDEN DAFÜR: ARBEITSZEITEN, DIE ZUM LEBEN PASSEN

Arbeitszeiten sind heute hochflexibel. Durch mehr Schichtarbeit, Wochenendarbeit und ständige Verfügbarkeit weiten sie sich immer mehr aus. Den Nutzen davon haben die Arbeitgeber, den Schaden die Beschäftigten. Ausufernde Arbeitszeiten belasten Gesundheit und Privatleben.

Hinzu kommen das ungerecht verteilte Arbeitsvolumen mit überlangen Arbeitszeiten auf der einen Seite und Teilzeitjobs ohne berufliche Perspektive auf der anderen. Menschen haben in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Bedürfnisse. Wir wollen verbindliche Regeln – für sichere, gerechte und selbstbestimmte Arbeitszeiten für alle.

Das Thema hat bei den Beschäftigten höchste Priorität: Über 96 Prozent der Befragten wollen ein weiterhin starkes Arbeitszeitgesetz mit einem Recht auf Abschalten (Ruhezeit). Sie erwarten von der

Politik einen festen Rahmen gegen ausufernde Arbeitszeiten und Grenzen für die von Unternehmen geforderte Flexibilität.

Über alle Branchen und Altersgruppen hinweg erteilen die Beschäftigten der Arbeit ohne Ende eine klare Absage. Ob Frau oder Mann, ob die Befragten Kinder großziehen oder Eltern pflegen: Die Zustimmung ist bei allen Gruppen äußerst hoch. Selbst die, die nach eigenen Angaben über 48 Stunden wöchentlich arbeiten, stimmen zu über 91 Prozent einer Begrenzung der Arbeitszeit zu.

„Aufgrund von Personalmangel und Arbeitspensum steigt der Druck und das Abschalten wird immer schwieriger! Man beschäftigt sich geistig auch in der Freizeit mit der Arbeit – das ist ein Teufelskreis!“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

DIE ANTWORTEN ZUM THEMA ARBEITSZEITEN

Wie bewerten Sie folgende Aussagen?

Beschäftigte brauchen auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz, das der Arbeitszeit Grenzen setzt.



Wer seine Arbeitszeit auf Teilzeit reduziert, braucht das (gesetzlich garantierte) Recht, auf Vollzeit zurückkehren zu können.



Wer für Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder Weiterbildung die Arbeitszeit reduziert, muss einen Entgeltausgleich bekommen.



● stimme zu ● stimme eher zu ● stimme eher nicht zu ● stimme nicht zu

in Prozent

UNTERSTÜTZUNG FÜR EIN STARKES ARBEITSZEITGESETZ IN ALLEN TÄTIGKEITSBEREICHEN

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

Beschäftigte brauchen auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz, das der Arbeitszeit Grenzen setzt.
Dazu gehört auch das Recht auf Abschalten (Ruhezeit).



Die Beschäftigten wollen Arbeitszeiten, die zu ihrem persönlichen Leben passen. Sie wollen vorübergehend im Beruf kürzer treten, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen oder sich weiterzubilden. Deshalb brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben Kitaplätzen und Ganztagschulen auch Geld, damit sie sich das leisten können. Und darum hat für alle Beschäftigten eine finanzielle Unterstützung bei Auszeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit hohe Bedeutung. Über 84 Prozent der Befragten stimmen der Forderung nach einem Entgeltausgleich zu.

Für Beschäftigte im Osten ist das Thema wichtiger als für die im Westen. Beschäftigte mit niedrigen Einkommen sind darauf angewiesen, dass ihr bei Auszeiten noch mal verringertes Entgelt aufgestockt wird. Auffällig ist vor allem, dass es kaum Unterschieden nach Betroffenheit gibt: Beschäftigte mit Kindern stimmen hier nicht anders ab als Kollegen ohne Nachwuchs, Beschäftigte mit Pflegebedürftigen

nicht anders als Kollegen ohne zu pflegende Angehörige.

VEREINT FÜR BESSERE VEREINBARKEIT

Wie wichtig ist Ihnen eine bessere Infrastruktur (zum Beispiel verlässliche Ganztagsbetreuung) und Unterstützung von Arbeitszeitmodellen zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit?

92,3%

sehr wichtig/wichtig

7,7%

weniger wichtig/unwichtig

Die Dringlichkeit des Themas „Vereinbarkeit“ kennen alle – wenn nicht aus eigener Erfahrung, so doch aus dem Freundes- oder Bekanntenkreis. Dass wir bessere Betreuungsangebote brauchen, ist inzwischen gesamtgesellschaftlich akzeptiert: 92 Prozent der Befragten fordern hierfür eine bessere Infrastruktur. Über alle Gruppen hinweg zeigen sich hier kaum noch Abweichungen, weder zwischen

Frauen und Männern noch zwischen Beschäftigten mit oder ohne Kinder. Auch wer keinen Nachwuchs hat, erwartet, dass der Kollege seine Kinder in einen Kindergarten bringen kann.

„Der Arbeitgeber sollte in Zukunft besser auf seine Mitarbeiter und deren Wünsche eingehen: Arbeitszeitverkürzung, Elternzeit, Weiterbildung ... Es sollte auch möglich sein, dass der Arbeitgeber seine Mitarbeiter in Qualifizierungshinsicht besser fördert und ermuntert.“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

Die Befragten fordern mehr Selbstbestimmung. Dazu gehört auch die Sicherheit für die Beschäftigten, die in Teilzeit gewechselt haben, dass sie ihre Arbeitszeit auch wieder anheben können. Sie wollen nicht in die Teilzeitfalle tappen. Deswegen befürworten 90 Prozent der Befragten ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Sie fordern von der Politik, das endlich zu regeln – so wie es bereits der Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2013 bis 2017 vorsah.

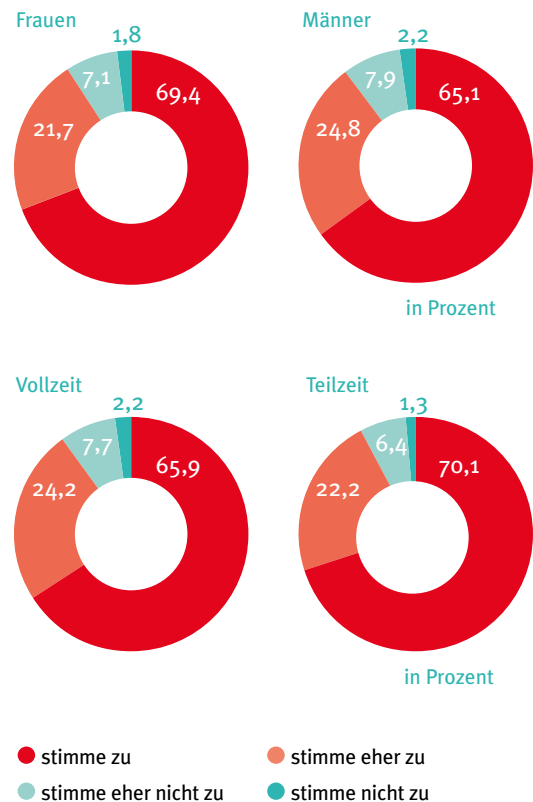
„Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit wäre ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und würde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau verbessern.“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

NICHT NUR BETROFFENE FORDERN EIN RÜCKKEHRRECHT IN VOLLZEIT

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

Wer seine Arbeitszeit auf Teilzeit reduziert, braucht ein gesetzlich garantiertes Rückkehrrecht auf Vollzeit.



ENTSCHIEDEN DAFÜR: GERECHTIGKEIT DURCH MEHR TARIFVERTRÄGE

Immer mehr Arbeitgeber versuchen, sich aus der Verantwortung zu stellen: Mit der Tariffucht kündigen sie die Sozialpartnerschaft auf. Für Beschäftigte bedeutet das: Die Gerechtigkeit schwindet – bei der Verteilung von Einkommen und erwirtschafteten Gewinnen. Und auch die Chancen sind immer ungleicher verteilt. Fakt ist: Nur Tarifverträge gewährleisten, dass Arbeit ihren Wert behält. Wir fordern deshalb den Schutz und die Stärkung von Tarifbindung.

Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir eine Wende in der Steuerpolitik und ein Ende der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern.

Mit großer Mehrheit unterstützen die Beschäftigten die Forderungen der IG Metall.

Sie wollen, dass der wachsenden Spaltung zwischen Arm und Reich entgegenwirkt wird, Einkommen und Vermögen gerechter sowie Chancen gleich verteilt werden. Ein wichtiges Werkzeug für eine gerechtere Verteilung ist die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Sie gewährleistet, dass Unternehmensgewinne in höhere Arbeitseinkommen umgesetzt werden.

92 Prozent der Befragten erwarten von der Politik den Schutz von Tarifverträgen. Sie garantieren faire, verlässliche Entgelte und gute Arbeitsbedingungen. Fehlt Tarifbindung, droht Lohndumping – wie beim Missbrauch von Werkverträgen. Neun von zehn Befragten sind daher der Meinung: Auch die Politik muss dafür sorgen, dass für möglichst viele Beschäftigte ein Tarifvertrag gilt – zum Beispiel dadurch, dass

DIE ANTWORTEN ZUM THEMA GERECHTIGKEIT

Wie wichtig sind für Sie folgende Handlungsfelder?

Der Gesetzgeber soll dazu beitragen, dass Beschäftigte Anspruch auf Tarifverträge haben, zum Beispiel indem er Tariffucht bei Ausgliederungen verhindert.



Gleicher Zugang zur beruflichen Entwicklung und gleiches Einkommen für Frauen und Männer.



Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften.



● sehr wichtig ● wichtig ● weniger wichtig ● unwichtig

in Prozent

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IST KEINE FRAUENSACHE

Wie wichtig ist für Sie gleicher Zugang zur beruflichen Entwicklung und gleiches Einkommen für Frauen und Männer?

Frauen

98,2%

sehr wichtig/wichtig

Männer

88,9%

sehr wichtig/wichtig

sie Tariffucht bei Auslagerungen verhindert. Outsourcing darf nicht dazu führen, dass sich Arbeitgeber davor drücken, Tariflöhne zu zahlen.

„Es muss die Tariffucht von Firmen verhindert werden, denn nur Arbeitnehmer mit Tarifverträgen können ein gutes Leben haben. Die Verdienste müssen zum täglichen Leben ausreichend sein!“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

Tarifverträge regeln gleiche Entgelte für Frauen und Männer. Dort, wo der Arbeitgeber in tariflosen Betrieben über die Entgelthöhe bestimmt, gibt es Ungleichheit und Ungerechtigkeit. 91 Prozent der Beschäftigten fordern gleiches Einkom-

men und gleiche berufliche Entwicklungschancen unabhängig vom Geschlecht. Es überrascht nicht, dass insbesondere Frauen diese Forderung unterstützen. Und es ist ein positives Signal, dass auch eine Mehrheit der – nicht betroffenen – Männer sich der Forderung nach geschlechtergerechten Chancen in der Arbeitswelt anschließt.

Faire Löhne und Entgelte sind die Basis für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Hierzu können Tarifverträge ihren Teil beitragen. Darüber hinaus erwarten die Befragten einen Wechsel in der Steuerpolitik. Nur wenn gute Löhne, hohe Tarifbindung und gerechte Steuern zusammenkommen, erreichen wir mehr Gerechtigkeit in Deutschland.

„Ich würde mir wünschen, dass es für Frauen auch mehr Chancen für Weiterentwicklung im Beruf gibt.“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

77 Prozent der Befragten ist eine gerechtere Verteilung durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen sowie großer Erbschaften wichtig oder sehr wichtig. Sie wissen: Die abhängig Beschäftigten mussten in den letzten Jahren einen immer größeren Anteil des Steueraufkommens schultern. Gleichzeitig senkte die Politik die Abgaben auf große Vermögen, hohe Einkommen und Kapitalerträge deutlich. Nach dem Willen der Beschäftigten muss damit Schluss sein. Sie empfinden es offenkundig als ungerecht, wenn etwa Kapital geringer besteuert wird als Arbeit.

ENTSCIEDEN DAFÜR: SOZIALE SICHERHEIT, FAIR FINANZIERT

Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Umbrüche und gesellschaftlicher Veränderungen wie heute ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Doch die Politik hat in den vergangenen Jahren die solidarische Absicherung der Lebensrisiken geschwächt. Die Beschäftigten müssen immer mehr für Krankenkasse und Alterssicherung selbst bezahlen, bekommen aber geringere Leistungen. Das Risiko wird damit zum Problem der Einzelnen. Die Menschen erwarten ein Gegensteuern zurück zu mehr Solidarität.

Sie sind deshalb auch bereit, ihren Teil zur Finanzierung der sozialen Sicherung beizutragen.

Versicherte und Arbeitgeber bezahlen die Sozialbeiträge zu gleichen Teilen: Das ist einer der Grundsätze des deutschen Sozialstaats. Dieser Grundsatz darf nicht zugunsten der Arbeitgeber aufgegeben werden. Im Bereich der Krankenversicherung ist das aber bereits geschehen. Seit zwölf Jahren zahlen hier die Beschäftigten einen Extrabeitrag.

DIE ANTWORTEN ZUM THEMA SOZIALE SICHERHEIT

Wie bewerten Sie folgende Aussagen?

Arbeitgeber sollen einen gerechten Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten. Daher müssen die Krankenkassenbeiträge wieder in gleichen Teilen von Arbeitgebern und Beschäftigten (paritätisch) finanziert werden.



Das Rentenniveau muss stabilisiert und mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge von Arbeitgebern und Beschäftigten zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen.



Private Vorsorge kann die Lücke nicht schließen, die durch die Absenkung des Rentenniveaus droht.



Beschäftigte sollen Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge haben.



● stimme zu ● stimme eher zu ● stimme eher nicht zu ● stimme nicht zu

in Prozent

Während der Arbeitgeberanteil inzwischen eingefroren ist, müssen die Versicherten die Kostensteigerungen im Gesundheitsbereich allein schultern. Für sie ist der Zusatzbeitrag bei der Krankenkasse sozial ungerecht: So verlangen 95 Prozent der Befragten die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Arbeitgeber sollen wieder genauso viel wie die Beschäftigten an die Krankenkassen zahlen. Die Forderung unterstützen alle Gruppen: ob Jung oder Alt, ob Ungelernte oder Uni-Absolventen, ob IT-Dienstleister oder Beschäftigte in Autofabriken.

„Krankenkassenbeiträge müssen in einer gerechten und solidarischen Welt unbedingt wieder von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen entrichtet werden!“

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

Auch bei der Alterssicherung spüren die Beschäftigten persönliche Nöte: Das Niveau der gemeinsam von Beschäftigten und Arbeitgebern bezahlten Rentenversicherung sinkt. Darüber hinaus hat die Politik auch hier die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen: Die Beschäftigten sollen zunehmend privat ihre Altersvorsorge finanzieren. Genau das wollen sie aber nicht. 87 Prozent der Befragten sagen, private Vorsorge könne die Lücke nicht schließen, die durch die Absenkung des Rentenniveaus droht.

Die Befragten wissen: Verlässliche Alterseinkommen gibt es nur mit der gesetzlichen Rentenversicherung. Mehr als vier von fünf Befragten wollen bessere Renten. Sie wären sogar zu höheren Beiträgen bereit, wenn dafür das Rentenniveau wieder

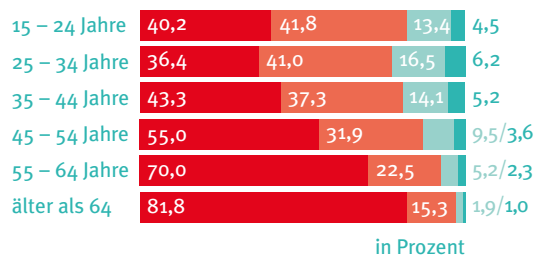
steigen würde. Das unterstützen 85 Prozent der Befragten.

Das Thema Rente bewegt ältere wie junge Beschäftigte. Auch wenn das Thema Alter und Rente noch entfernt scheint – fordert die Mehrheit der jüngeren Befragten eine Kehrtwende bei der Rentenpolitik: 77 Prozent der 25- bis 34-Jährigen stimmen zu oder eher zu. Damit zeigen die Ergebnisse der Befragung deutlich: Die Behauptung, die Jungen lehnten ein höheres Rentenniveau wegen steigender Abgaben ab, ist falsch.

AUCH DIE JÜNGEREN WOLLEN SOLIDARISCHE RENTEN

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

Das Rentenniveau muss stabilisiert und mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge von Arbeitgebern und Beschäftigten zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen.



- stimme zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu
- stimme nicht zu

ALLE WOLLEN EINE ARBEITGEBERFINANZIERTE BETRIEBSRENTE

Beschäftigte sollen Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge haben.



Genauso wenig sehen die Jüngeren in der Privatvorsorge eine Alternative. Zwar ist die Skepsis bei ihnen etwas geringer als bei den älteren Beschäftigten. Aber selbst bei den Befragten unter 35 Jahren stimmt nicht einmal jeder Fünfte der Aussage zu, dass Privatvorsorge die durch das sinkende Rentenniveau entstehende Versorgungslücke schließen kann.

Beschäftigte in der Produktion mit vergleichsweise niedrigeren Entgelten setzen besonders stark auf die gesetzliche Rente und sehen die Privatversicherung zu 90 Prozent besonders kritisch.

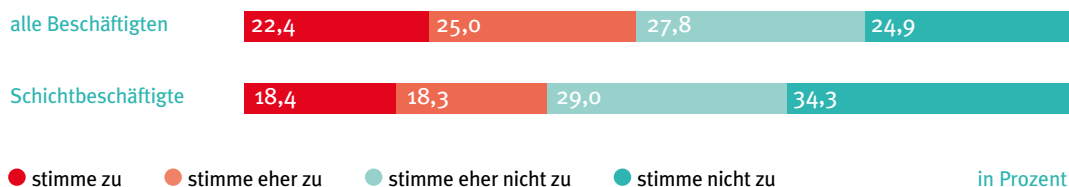
So groß die Unterschiede in der Einschätzung der gesetzlichen Rente und der Privatvorsorge von Beschäftigtengruppe zu Beschäftigtengruppe ist, so gering ist sie beim Thema Betriebsrente: Alle Beschäftigten sollen eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente bekommen, sagen 93 Prozent der Befragten. Der Aussage stimmen Beschäftigte in Kleinbetrieben genauso zu wie in Großunternehmen, Junge genauso wie Ältere.

So viel einzelne Politiker und Lobbyisten über ein noch höheres Renteneintrittsalter diskutieren, so wenig passt das zur Lebenswirklichkeit der Beschäftigten. Nicht einmal jeder zweite Beschäftigte glaubt, überhaupt bis zur jetzigen Grenze von 67 Jahren durchhalten zu können. Nur 47 Prozent der Beschäftigten stimmen folgendem Satz zu oder eher zu: „Ich gehe davon aus, meine Arbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter von 67 Jahren ausüben zu können.“ Bei den Beschäftigten in Schichtbetrieben befürchten sogar zwei von drei, es mit den dort herrschenden stärkeren Belastungen nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu schaffen.

RENTE MIT 67 IST UNREALISTISCH

Wie bewerten Sie folgende Aussage?

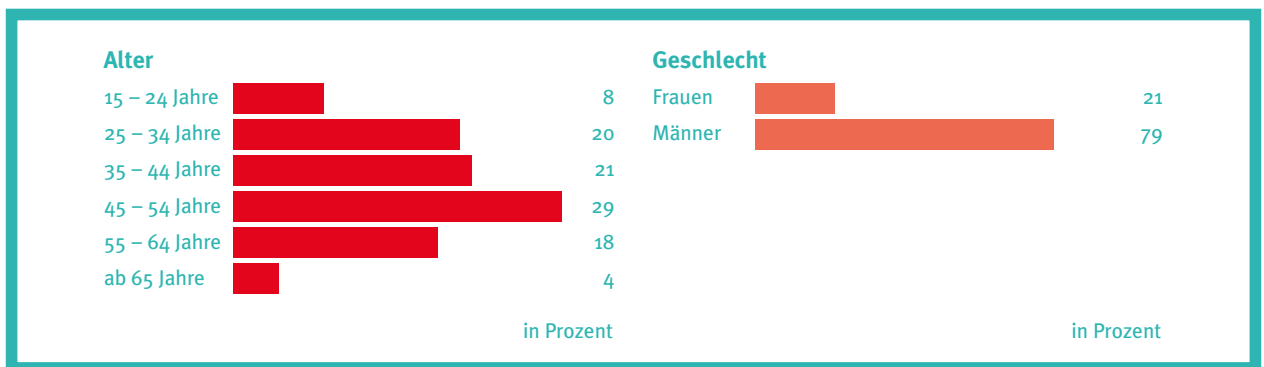
Ich gehe davon aus, meine Arbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter von 67 Jahren ausüben zu können.



METHODENSTECKBRIEF

Die IG Metall hat eine Beschäftigtenbefragung in gut 7.000 Betrieben des Handwerks, der Dienstleistung und der Industrie durchgeführt; es konnten sich alle Beschäftigten – Mitglieder und Nichtmitglieder – beteiligen. Der Fragebogen konnte schriftlich oder online ausgefüllt werden. Der Befragungszeitraum war vom 16. Januar bis 26. Februar 2017. Mitglieder der IG Metall in Leiharbeit, in Betrieben ohne Betriebsrat sowie Arbeitslose und aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene erhielten den Fragebogen per Post oder als Beilage zur metallzeitung, dem Mitgliedermagazin der IG Metall. Es beteiligten sich insgesamt 681.241 Beschäftigte.

ALTERSSTRUKTUR UND GESCHLECHT DER BEFRAGTEN



Der Fragebogen umfasste Fragen zu mehreren betriebs-, arbeits- und gesellschaftspolitischen Schwerpunkten. Dazu konnten verschiedene Antwortmöglichkeiten angekreuzt werden. Zudem bestand die Möglichkeit, in einem Textfeld einen Kommentar zu ergänzen. Aus diesem Fundus stammen die in der Broschüre verwendeten Zitate. Die Angaben zur Person ermöglichen tiefer gehende Auswertungen und Differenzierungen, die wir zu einem späteren Zeitpunkt durchführen werden. Befragung und Auswertung erfolgten anonym.



„Weiter so! Wir brauchen die IG Metall mehr denn je!“

„Bitte weiterhin aktiv auch in die Politik einmischen und die Interessen von uns Arbeitnehmern vertreten!“


„Bitte unsere Gesellschaft zusammenhalten – gegen Ausbeutung, Gewalt und Hass.“

„Noch präsenter in den Betrieben auftreten! Ohne IG Metall stehen wir vor dem totalen Chaos!“

„Angemessene Bezahlung in unserem Betrieb wurde erst durch die IG Metall erreicht.“

„Ich freue mich, dass die IG Metall für soziale betriebliche Gerechtigkeit kämpft. Weiter so!“

„Die IG Metall unterstützt aus meiner Sicht die Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Miteinander und weniger Neid, Gier und Hass.“



„Ich finde es wichtig, dass die IG Metall auf die Veränderungen in der Arbeitswelt, Stichwort Industrie 4.0, reagiert.“